

Dossier

# TTIP – ein guter Deal?

„Wirtschaftswachstum, mehr Jobs, höhere Investitionen, mehr Möglichkeiten für Kleine und mittlere Unternehmen und Großunternehmen, während man die bisherigen Gesundheits-, Umwelt- und Sicherheitsbedingungen für die EU- und US-Bürger aufrechterhält. Dafür steht das TTIP“. Diese Aussage stammt von Robert A. Mandell, dem US-Botschafter in Luxemburg. Ähnliche Sätze hört man von anderen Befürwortern des Freihandelsabkommens, etwa der EU-Kommission, der deutschen Regierung oder Lobbyisten von multinationalen Unternehmen. Das Resultat einer von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Studie des Centre for Economic Policy Research in London kommt auf 0,5% Wirtschaftswachstum über 10 Jahre. Die Studie des CEPR erwartet einen Vorteil von 120 Milliarden Euro jährlich für die EU und 95 Milliarden für die USA. Das Einkommen eines vierköpfigen Haushalts soll dabei um 545 respektiv 655 Euro steigen.

Das transatlantische Freihandelsabkommen soll den Beziehungen zwischen den USA und der EU eine neue Qualität geben und einen gemeinsamen Markt für 800 Millionen Menschen und ihre Unternehmen schaffen. Stattdessen hat es zu einem unerwarteten Politikinteresse vieler Bürger geführt, die versuchen über die bunten Propagandasprüche ihrer Regierungen hinaus zu verstehen, was eigentlich auf dem Spiel steht. Das Interesse vieler Bürger ist nicht verwunderlich, denn nicht nur Wirtschaftsinteressen sondern auch fast alle Bereiche unseres alltäglichen Lebens, Gesundheits- und Umwelt

interessen sind berührt. Wie bei den meisten Versuchen der letzten 10 Jahre, den Welthandel noch weiter zu liberalisieren, wehren sich auch jetzt in Europa die

---

**Der Moment ist denkbar ungünstig, um ein Projekt durchzusetzen, das den legislativen Spielraum nationaler und europäischer Instanzen weiter einschränkt**

---

Menschen gegen einen weiteren Kontrollverlust. Nach Subprime-, Finanz-, Schulden- und Euro-Krise, aber auch nach dem schier unfassbaren NSA-Abhörskandal ist es auf dem gesamten Kontinent zu einem Vertrauensverlust in die USA gekommen, auch die übergreifenden Ziele der europäischen Politik werden heute nicht nur von ATTAC, sondern auch von den Redaktionen der großen Tages- und Wochenzeitungen hinterfragt. Der Moment ist denkbar ungünstig, um ein Projekt durchzusetzen, das den legislativen Spielraum nationaler und europäischer Instanzen weiter einschränkt.

Auch die oben genannten Zahlen können kaum überzeugen. Was sind 0,5% und wo findet dieses Wachstum statt? Im Automobilbau und in der intensiven Landwirtschaft? Und das obwohl wir europaweit wieder zu einer kleinteiligeren Landwirtschaft und zu regionalen Produkten zurückwollen. Und von welchen Haushalten ist da konkret die Rede, denen ein „Durchschnittsgewinn“ von einigen hundert Euro pro Jahr zugesprochen

wird? Hartz-4-Empfänger in Deutschland oder Mindestlohnempfänger in Luxemburg werden kaum darunter sein. Der „Durchschnitt“ wird sich auf eine kleine Minderheit qualifizierter, international vernetzter Akteure konzentrieren.

Die Hochrechnungen scheinen auch vielen Ökonomen völlig überzogen. „Die Liberalisierung der Zollschränke hätte lediglich eine Steigerung von 0,02% des Bruttoinlandsproduktes zur Folge“, meint etwa der frühere Chefökonom der Europäischen Investitionsbank Alfred Steinherr, heute Direktor der Sacred Heart University in Luxemburg.

## Auswirkungen auf Luxemburg

Wenn es um die Globalisierung geht, sieht man die Dinge in Luxemburgs Wirtschaftskrisen positiv. Sowohl die amerikanische Handelskammer in Luxemburg (AmCham) als auch die Chambre du Commerce glaubt an steigende Im- und Exporte. „Luxemburg muss sich vor nichts fürchten“, erklärt Paul Schonenberg, Präsident der AmCham. Womit er sicherlich Recht hat. Momentan bezieht das Großherzogtum 7,4% seiner Importe aus den Vereinigten Staaten, 3,7% der luxemburgischen Exporte werden nach Amerika geliefert. Wie stark diese Zahlen sich mit TTIP verändern werden, bleibt abzuwarten, aber die Auswirkungen dürften im Promillebereich liegen.

Dass trotz ungewissen wirtschaftlichen Gewinnen, große Einschnitte in die politische Gestaltungskraft akzeptiert wer-

den, ist einer der Hauptgründe, warum große Teile der Luxemburger Zivilgesellschaft einen Verhandlungsstopp fordern. Ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis gegen das TTIP-Abkommen nahm am 13. März 2014 Gestalt an, als OGBL-Präsident Jean-Claude Reding ebendiese Forderung aussprach. Der Anlass war eine Konferenz mit dem deutschen Umweltschützer Ernst-Christoph Stolper, zu der ASTM, Caritas, Greenpeace, OGBL und Mouvement Ecologique eingeladen hatten. Ein erstes Bündnis mit dem Namen „Stop Tafta Luxembourg“ hatten mehrere Bürger (u. a. Jean Huss und Claude Simon) im Februar gegründet. Dass zwei Monate später – am 25. Mai 2014 – die Europawahlen stattfanden, führte zu einem raschen Anwachsen der Oppositionsplattform. Zu den fünf ursprünglichen Organisationen stießen nach und die NGOs Bio Lëtzebuerg, Cercle de coopération, Lëtzebuerg Jongbaueren an Jongwënzer, die Union luxembourgeoise des consommateurs sowie die Gewerkschaften Aleba, FNCTTFEL, LCGB und Syprolux. Später schlossen sich noch Natur&Ëmwelt und CGFP an.

### Politische Gratwanderung

Konfrontiert mit einer solch breiten Opposition gerieten die Parteien im Europawahlkampf in Erklärungsnot. Drei Tage vor der Wahl gewährte Außenminister Jean Asselborn dem Tageblatt ein ganzseitiges Interview. Darin zeigte er Entgegenkommen: „Ich habe Respekt vor den Bedenken und Kritiken von Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen.“ Er versprach der Plattform eine Unterredung mit der Regierung – nach den Wahlen. Er ging zwar auf Kritikpunkte ein, aber gleichzeitig kritisierte er die Forderung nach einem Verhandlungsstopp, denn man könne kein Fazit ziehen, bevor die Verhandlungen abgeschlossen seien.

Das Motto „wir verstehen euch, aber ihr habt trotzdem Unrecht“ zog sich auch durch das Hearing, das die Chamber am 11. Juli für die Zivilgesellschaft organisierte. Die TTIP-Gegner kritisierten, dass das Verhandlungsmandat zu umfassend sei. Blanche Weber befürchtet eine grundsätzliche Infragestellung unserer gesellschaftlichen Werte. Die fehlende Transpa-

renz führt dazu, dass die NGOs lediglich Vermutungen anstellen können, was die Auswirkungen von TTIP sein könnten. „Viele Gespenster schwirren durch die Debatte“, sagt Marc Angel (LSAP), der Präsident der Europa- und Außenpolitikkommission. Léon Delvaux, der zuständige Beamte im Außenministerium, zeigte sich – „als Bürger“ – im Hearing betroffen, dass die NGOs davon ausgehen würden, dass die Regierung bereit sei, soziale Rechte, Umweltschutz usw. zur Disposition zu stellen. Das sei einfach nicht der Fall.

### Zivilgesellschaft und EU

Ändert sich mit der Anti-TTIP-Bewegung die Art und Weise, wie sich die Luxemburger Zivilgesellschaft mit der EU-Politik auseinandersetzt? Die Frage ist durchaus berechtigt, denn alle Beteiligten der Oppositionsplattform freuen sich über die Breite des Bündnisses und betonen die gute Zusammenarbeit. Besonders der Umstand, dass alle Gewerkschaften Teil des Bündnisses sind, ist etwas Neues.

„Es ist grundsätzlich wichtig, dass ein besserer Austausch zwischen dem Parlament und der Gesellschaft stattfindet“, sagt Jean-Claude Reding. Doch ob die Politik den Dialog mit der Zivilgesellschaft institutionalisieren möchte, ist eine andere Frage. Regelmäßig NGO-Vertreter in Sitzungen einzuladen, gehöre nicht zu den Aufgaben einer Parlamentskommission, sagt Marc Angel. Die Chamber veröffentliche alle Dokumente, die sie von der EU-Kommission erhalte auf ihrer Webseite. Wenn Akteure aus der Gesellschaft darauf reagieren, dann würden ihre Positionen natürlich in die Meinungsbildung des Parlaments einfließen. Doch die NGOs stehen vor dem Problem, dass fast alle über nicht genügend Ressourcen verfügen, um neben der nationalen auch noch die EU-Ebene zu verfolgen.

### Generalprobe CETA

Am 26. September stellten die EU und Kanada das CETA-Abkommen vor, das beide zu einer Freihandelszone verbinden soll. CETA enthält viele Elemente, die bei TTIP kritisiert werden, v. a. eine Investitionsschutzklausel. Die Plattform

warnte dann auch die Regierung, dass deren Ablehnung dieser Klausel bei TTIP unglaublich sei, „si elle ne s'[y] oppose pas également [...] dans le cadre du CETA.“ Dass es in diesem Kontext bald zu einer Nagelprobe kommt, scheint dem Regierungslager bereits klar zu sein. „Wir hoffen, dass CETA so nicht durchgesetzt wird“, sagt Claude Adam (Déi Gréng). Marc Angel findet es „bedauerenswert“, dass der Investitionsschutz Teil von CETA ist, das sei aber nur bedingt ein Präzedenzfall für TTIP.

### Licht ins Dunkel bringen

TTIP ist ein komplexes und technisches Thema. Es gibt viele Begriffe, die immer wieder ihren Weg in die Diskussion finden. Im nebenstehenden Lexikon finden Sie zum Einlesen eine Sammlung der wichtigsten Erklärungen. Wie nützlich eine gewisse Kenntnis von Begriffen wie CETA oder *fast track* sein kann, werden Sie beim Interview mit dem grünen Europaabgeordneten Sven Giegold merken. Der TTIP-Gegner kennt die Schlagwörter der Debatte und weist auf Probleme und Auswirkungen des Abkommens hin. In einer Themensammlung behandeln wir einzelne Bereiche wie öffentliche Dienstleistungen, Landwirtschaft und Umweltschutz. Darin kommen auch Luxemburger Akteure zu Wort, die ihre Einschätzungen mit uns geteilt haben. Aus allgemeiner Sicht analysieren Maika Grosbusch und Alberto Alemanno die TTIP-Verhandlungen. Das Ergebnis der Untersuchung bietet eine Perspektive auf Inhalt und Ablauf der Verhandlungen, die in vielen Medien so nicht dargestellt wird. Weil die USA und die EU bei dem Vertrag genug im Mittelpunkt stehen, weist Rainer Falk abschließend darauf hin, dass der Rest der Welt zwar bei TTIP nicht mitverhandelt, aber trotzdem viel mit dem Abkommen zu tun hat.

Zur umfassenden Darstellung des Themas hat Matthias Kirsch wesentlich beigetragen. Er hat im September ein Praktikum bei *forum* absolviert. Ihm sei an dieser Stelle für seine hervorragende Arbeit gedankt.